

Erste
an allen Verlagen.
Bezugspreise

in der Reichshauptstadt 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 270.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 30 deutsche Mark.

Verleger: 4246, 2273,
8110, 3249.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreise
1. d. Grundrissgröße im
Anzeigenblatt innerhalb
Polens 40.— M
Westmetel 120.— M
Für Aufträge aus
Deutschland 3.50 M
im Ausland 10.— M
in deutscher Wkt.

Telegraphische
Zentrale Posna.

Oskowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Stand der Genfer Verhandlungen.

Schwierigkeiten in allen Teilfragen.

Über die bisherigen Ergebnisse der Oberschlesienverhandlungen in Genf berichtet die „Danziger Zeitung“:

In den bisherigen Kommissionsverhandlungen haben sich gewisse Schwierigkeiten ergeben, vor allem in der Frage des Schutzes der Minderheiten, der Liquidationsfrage und der Angelegenheit der siebenten Kommission, die die Gemeindefragen zu erledigen hat, sowie in der Frage der Eisenlieferungen. Von polnischer Seite wurden zur Lösung der Schwierigkeiten zwei Vorschläge gemacht. Der eine geht darauf hinaus, daß Deutschland sich verpflichten soll, eine Menge von 300 000 Tonnen Metallen zu exportieren, wobei es jedoch noch einer besonderen Vereinbarung bedürfte, auf welche Dauer diese Verpflichtung gelten soll und welche Modalitäten und Veränderungen in Berücksichtigung einer im deutschen Produktionsgebiet etwa vorhandenen Schrumpfung angewendet werden sollen. Der zweite Vorschlag geht darauf hinaus, Polen ein unlimitiertes Recht für den Bezug von Eisenerz zuzugestehen, das dafür in gleicher Weise von Polen an Deutschland zugelassen werden soll. Diese letzte Fassung bedeutet selbstverständlich nur eine formale Gegenleistung der Zugeständnisse, da die Interessen Polens an der Regelung ungleich überwiegen.

In der Valutafrage ist zunächst beschlossen worden, Delegationen nach Warschau zu senden, um dort zu verhandeln. Die „Kraakowa Nowa Reformacja“ weiß zu berichten, daß am 18. Februar im Finanzministerium eine Besprechung des Finanzrates über das Vorgehen der Regierung bei den Valuta- und Bankverhandlungen über Oberschlesien stattgefunden hat und hier ein vollkommenes Einverständnis in dieser Angelegenheit erzielt worden sei.

In der ersten Kommission für den Schutz der Minderheiten, deren Arbeit deutscherseits von Staatssekretär Dr. Sewald geleitet wird, handelt es sich bisher vor allem darum, daß Polen zwar bereit ist, die Verpflichtungen zu übernehmen, die ihm aus dem in Versailles gleichzeitig mit dem Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 von Polen abgeschlossenen Minderheitsvertrag obliegen, aber darüber hinaus, abgesehen von einigen Konzeptionen in Zoll- und Gerichtsangelegenheiten, kein weitergehendes Entgegenkommen an das zählreiche, in Polnisch-Oberschlesien verbleibende deutsche Element machen will.

Da sich aber ergeben hat, daß trotz dieses allgemeinen Minderheitsvertrages, den Polen damals in Versailles gegungen unterzeichnet hat, aus den polnisch gewordenen Teilen Polens und Westpreußens die deutsche Bevölkerung in Massen abwandert, so ist zu befürchten, daß das oberhalb des Wirtschaftswesens sehr leiden würde, wenn nicht der deutschen Bevölkerung in dem polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens weitergehende Garantien für ihre kulturelle Freiheit gegeben werden. Hier wird aus einer Frage des Schutzes der Minderheiten eine wichtige wirtschaftliche Frage.

Ein Streitpunkt ist auch die Frage, ob die Bestimmungen über den Schutz der Minderheiten, die zu vereinbaren sind, ebenfalls der Entscheidung des gemischten Schiedsgerichts, das geschaffen werden soll, unterstellt werden, was von deutscher Seite selbst gesehen wird, während Polen in dieser Hinsicht nur den Versailles-Minderheitsvertrag anerkennen will, was jeden Einpruch der deutschen Bevölkerung in Polnisch-Oberschlesien auf ein langwieriges Verfahren vor dem Völkerbundrat verweisen würde, während im anderen Falle ein an Ort und Stelle tagendes Gericht darüber zu befinden hätte.

Die Verhandlungen über die Frage dieses Schiedsgerichts und der sogenannten gemischten Kommission, die von der polnischen Kommission, deutscherseits unter Leitung des früheren Außenministers Dr. Simons, nach längeren Vorbesprechungen offiziell getätigt begonnen haben und nun in täglichen Sitzungen rasch gefördert werden sollen, bieten ebenfalls große Schwierigkeiten. Die Hauptschwierigkeit liegt, solange nicht der ganze Vertrag vorliegt, darin, daß sich nicht absehen läßt, für welche möglichen Differenzpunkte das Schiedsgericht besonders zugeschnitten werden muß. Selbstverständlich soll es ein allgemeines Schiedsgericht für den ganzen Vertrag sein, aber bei der Ausgestaltung eines Organs muß doch auf die besonderen Verhältnisse Rücksicht genommen werden, was so lange nicht gut möglich ist, als nicht über alle Bestimmungen des Vertrages Klarheit herrscht.

Die Verhandlungen der siebenten Kommission für die Frage der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände, zu denen die deutschen Gewerkschaftsführer Graßmann und Kaiser bereits hier anwesend sind, konnte bisher nicht recht vom Fleck kommen, da die polnischen Arbeiterführer noch nicht eingetroffen waren. Nach ihrer für heute oder morgen erwarteten Ankunft werden auch diese Verhandlungen wieder rascher vorwärts kommen. Es handelt sich hier vor allem um die Frage des Sitzes der deutschen Gewerkschaften, deren Leitung aus verständlichen Gründen natürlich den Sitz in Oberschlesien beibehalten möchte, wo doch immerhin die Mehrheit der Mitglieder wohnt.

Die bisherigen Besprechungen, die unter der gleichmäßig freundlichen und vermittelnden Leitung des Präsidenten Calonder sowohl von deutscher wie polnischer Seite in durchaus loyaler und korrekter Form geführt werden, lassen doch schon erkennen, daß eine Einigung nicht in allen genannten Streitpunkten erzielt werden dürfte. In einigen Fragen wird man also nicht darum herumkommen, die Entscheidung des Präsidenten anzunehmen. Das ist besonders in einer geistigen Besprechung der beiden Bevollmächtigten Dr. Schiffer und Ossowski mit dem Präsidenten Calonder deutlich geworden. Es ist freilich auch denkbar, daß der Präsident, der es lieber sehen würde, wenn eine Einigung ohne seine Entscheidung erzielt wird, in privaten Vorbesprechungen den Delegationen zu einer Einigung verhilft. Präsident Calonder hat als äußersten Schlusstermin für die Besprechungen den 10. März angesetzt, über den hinaus die Verhandlungen keinesfalls dauern dürften. Ob dann aber auch der ganze Vertragstext, von dem zur Zeit vier Fünftel im Rohbau fertig sind, bereits vorliegen wird, ist sehr fraglich. So könnte es sein, daß die deutsche Delegation, deren einzelne Mitglieder nach Erledigung ihrer Spezialarbeit Genf verlassen werden, ganz aus Genf abreist und daß nur die Redaktionskommission weiter arbeitet, bis dann nach Fertigstellung des gesamten Textes der deutsche Bevollmächtigte, Minister a. D. Dr. Schiffer, zur Unterzeichnung des Vertrages wieder nach Genf kommt.

Englisch-französische Verständigung.

Lloyd George reist nach Paris.

Der diplomatische Mitarbeiter des Lloyd George nachstehenden „Daily Chronicle“ teilt mit, Lloyd George werde am Sonntag nach Paris reisen, um alle Fragen der Genuefer Konferenz zu besprechen. Das Blatt hofft, daß die durch die italienische Kabinettskrise unvermeidlich gewordene Vertagung der Konferenz nicht allzu groß sein werde. Das Blatt bestätigt, daß der englische Schatzkanzler in einigen Tagen zu Besprechungen nach Paris reist.

Wie die Morgenblätter berichten, hat sich Poincaré mit dem englischen Vorkläufer in der Ausdrucksache am Montag nachmittag dahin verständigt, daß sich in Kürze Mitglieder beider Regierungen treffen sollen, um die verschiedenen Fragen zu klären, die die französische Denkschrift über die Genuefer Konferenz aufgeworfen hat. Außerdem hatte Poincaré eine neue Besprechung mit Hardinge. „Petit Parisien“ meint, es sei möglich, daß sich Poincaré persönlich mit Lloyd George trifft. Dasselbe Blatt glaubt annehmen zu dürfen, daß man dann bereits über eine Anzahl von Punkten Übereinstimmung erzielt haben werde. Allerdings bleiben noch eine oder zwei der ganz großen Fragen zu lösen, z. B. die Zulassung der Sowjetregierung und die Bedingungen für ihre sofortige oder spätere Anerkennung.

In den nächsten Tagen kommt der englische Schatzkanzler Sir Robert Horne nach Paris, um mit dem Finanzminister de Lastolrie und wahrscheinlich auch mit den Finanzministern der anderen Verbündeten die Wiedergutmachungsfrage zu besprechen. Wie es scheint, besteht die französische Reaktion auf den Bedingungen, die sie für Anerkennung des englischen Vorschlages von Cannes gestellt hat. Wenn man also, so sagt „Petit Parisien“ hinzu, auch noch weit von einem völligen Einverständnis entfernt sei, liege sich doch bereits auf beiden Seiten der auf richtige Wunsch erkennen, endlich positive Ergebnisse zu erreichen. Es sei schon viel, daß Lloyd George zustimme über die

Denkschrift Poincarés zu sprechen, und daß Poincaré einer Aussprache zwischen Mitgliedern beider Regierungen zustimme.

Warschau, 24. Februar. Am Mittwochabend hat Poincaré durch einen Flieger seine Antwort auf das von Lloyd George gewünschte persönliche Zusammentreffen nach London geschickt. Pariser Blätter berichten, daß es zwischen den Alliierten schon in folgenden drei Punkten zu einer Verständigung gekommen ist: 1. Die Konferenz hat nicht das Recht, irgendeinen der schon abgeschlossenen Verträge zu ändern. 2. Die Konferenz soll nicht über die Frage der Kriegsschadensleistungen beraten. 3. Die von der Konferenz nicht gelösten Fragen werden dem Völkerbunde überwiesen.

Ferner erwartet die französische Presse, daß sich die Verbündeten noch über folgende Fragen einigen werden: 1. Die Vertagung der Konferenz auf einige Wochen. 2. Die Teilnahme der Sowjets an der Konferenz kommt nicht einer Anerkennung der Sowjetregierung de jure gleich. 3. Die Verbündeten können mit den Sowjets wohl Handelsbeziehungen, aber nicht politische Beziehungen anknüpfen. 4. Die Bestimmung der Konferenz in Cannes, monach sich die Staaten, die an der Konferenz teilnehmen, schon allein dadurch verpflichten, jeden Angriff unter sich zu verhindern, soll erst durch einen besonderen Entschluß in Genue zum Beschluß werden.

Deutschland und die Sachverständigen-Konferenz.

Rom, 23. Februar. Die italienischen Blätter melden übereinstimmend, in bestunterrichteten Kreisen werde berichtet, daß die deutsche Regierung die Aufforderung erhalten werde, einen Vertreter zu den Bräminarbesprechungen über die Konferenz von Genue zu entsenden. Man sei durchaus der Ansicht, daß Deutschland auf der Konferenz in gleicher Weise vertreten sein müsse wie die anderen Mächte und berant, daß Bräminarbesprechungen der übrigen Regierungen unter Ausschluss Deutschlands den Erfolg der Konferenz schädigen, wenn nicht gar in Frage stellen können. Man erwartet daher, daß die deutsche Regierung schon in aller nächster Zeit diesbezügliche Fernschreiben erhalten werde.

Das deutsch-französische Verhältnis.

Der Pariser Sonderberichterstatter der „Danziger Zeitung“ drahtet: Der Abgeordnete Paul de Cassagnac, der mit seinem Kollegen Le Probst de Launay eine Studienreise nach Berlin gemacht hat, teilt einem Redakteur des „Petit Journal“ über seine Eindrücke mit: Unsere Reise war eine private Informationsreise. Sie hatte keinen offiziellen Charakter. Wir haben mit einigen Franzosen und mit vielen Deutschen gesprochen. Unter den Deutschen waren Mitglieder der Regierung, die Führer der Parteien von der Rechten und der Linken, Vertreter der Presse und Vertreter der Finanz. Ich glaube, daß unsere Eindrücke interessant sind. Wir werden sie in einem Bericht zusammenfassen, den wir dem Ministerpräsidenten zugehen lassen. Auch dieser Bericht ist, wie ich bemerken will, privater Natur. In allen Kreisen, mit denen wir Verbindung suchten, sind wir mit größter Höflichkeit empfangen worden. Wir können das Entgegenkommen rühmend, das uns überall gezeigt wurde. Die wichtigste Forderung, die wir überlegen müssen, ist die Entwaffnung; in dieser Hinsicht werden wir keine unserer Rechte aufgeben. Aber wenn die materielle Entwaffnung gesichert ist, wird es nicht weniger sein, die moralische Abrüstung vorzubereiten. Alle Leute, mit denen wir sprachen, haben uns freilich berichtet, daß der Gedanke der Revanche in Deutschland nicht vorhanden sei und daß Deutschland nur friedlichen Bestrebungen hien. Wir denken nicht daran, die ehrliche Meinung unserer Informanten zu bezweifeln. Aber wir sind der Überzeugung, daß gewisse militärische Elemente sich der Kontrolle entziehen. Vorst ist für Frankreich geboten. Wir haben zu den Deutschen gesagt und sie haben uns sehr gut verstanden: „Wir sind nicht eure Freunde, und wir verlangen nicht, daß ihr die unseren sein sollt. Wir haben euch nichts anzubieten, wir können keine Zugeständnisse machen; wir wollen mit euch nur über die Angelegenheiten sprechen, die für Deutschland und Frankreich von gemeinsamem Interesse sind.“ Die Deutschen waren besonders über die Besetzung der Rheinlande verstimmt. Auch die große Zahl unserer Besatzungstruppen im besetzten Gebiet ist ihnen beschwerlich. Sie sagten uns: „Weilhalb zieht Frankreich seine Truppen nicht zurück? Das wäre eine nützliche Geste.“ Wir haben darauf geantwortet, daß es erst notwendig sei, die Entwaffnung vollständig durchzuführen. Man müsse sichere und bestimmte Garantien verlangen. Das haben wir deutlich gesagt, aber es bleibt deshalb nicht weniger wahr, daß die jetzigen Zustände nicht lange dauern können, daß der Augenblick kommen muß, an dem sich beide Völker wieder frei gegenüberstehen. Deshalb müssen zwei Meinungen klar gestellt werden, die in beiden Ländern Anhänger haben. In Deutschland glauben viele, daß Frankreich imperialistisch denke und daß Frankreich Deutschland ruinieren wolle. In Frankreich herrscht die Ansicht, daß Deutschland an Revanche denke. Diese Probleme müssen geklärt werden ohne Verbindung mit offiziellen Verhandlungen. Die französische Propaganda muß umgestaltet werden. Die jetzige Methode taugt nichts. Besprechungen zwischen den Männern der Presse und den Parlamentariern beider Länder sind nötig. Oft ist uns in Deutschland gesagt worden: „Wir erwarten euch mit Ungeduld. Die Sieger müssen das erste Wort sprechen.“ Darauf konnten wir nichts Nützliches erwidern. Wir sind in der Tat der Ansicht, daß Unterredungen dieser Art weiter stattfinden müssen. Mein Kollege und ich sind über diesen Punkt völlig einer Meinung und wir sind entschlossen, bald wieder nach Deutschland zurückzukehren.

Deutsch-litauische Finanzverhandlungen.

Kowno, 23. Februar. Am 27. d. Mts. beginnen in Kowno deutsch-litauische Finanzverhandlungen. Dazu begeben sich von deutscher Seite folgende Herren nach Kowno: Oberregierungsrat Gräverhork als Vorsitzender, Geheimrat Frede und Kron-Wolfgang vom Reichswirtschaftsamt, ferner die Direktoren v. Now und v. Hängel von der Darlehnskasse Lit. Ein Mitglied der deutschen Vertretung in Kowno wird den Verhandlungen beiwohnen. Die litauische Delegation zur hohen Staatskommission und führende Wirtschaftler zählen unter Leitung des Direktors der litauischen Union-Bank Walilowski und des früheren russischen Staatskontrollmeisters und Außenministers Potrowski als Stellvertreter. Außerdem begibt sich der litauische Generalkonsul in Berlin Hirschiwitsch nach Kowno.

Es kriselt im Stillen.

Warschau, 24. Februar. Die Konferenz, die Donnerstag zwischen dem Sejmmarschall Trampczyński und dem Ministerpräsidenten Bonikowski stattgefunden hat, rief in politischen Kreisen und im Sejm großes Interesse hervor. Auf diese Zusammenkunft wurden die aktuellen politischen Probleme, die Lage der Regierung und ihr Verhältnis zu den Parteien besprochen. Die Regierung will angesichts der Vertagung des Termins für die Neuwahlen bis zum Herbst die verbreiteten Meinungen prüfen. Aus der ganzen politischen Lage erhält man den Eindruck, daß wieder eine Kabinettskrise im Anzuge ist.

Zeligowski im Wilnaer Sejm.

Wilna, 24. Februar. Auf der Donnerstag-Vollversammlung des Sejms erschien während der Rede des Abg. Staniewicz über die Grenzzone General Zeligowski. Nachdem der Redner seine Ausführungen beendet hatte, wandte sich der Marschall an den General mit folgenden Worten: „Herr General! Als Sie im Oktober 1920 an der Spitze unserer Soldaten in Wilna einzogen, war das eine Tat, in welcher das tatsächliche Verständnis für die Bestrebungen unserer Bevölkerung zum Ausdruck kam. Sie zogen als Führer der siegreichen Regionen ein, ließen aber nicht die Gelegenheit vorübergehen, einen Waffenstillstand herbeizuführen, und Sie waren der erste, der die Hand zur Versöhnung reichte. Ihre Regierung im Lande hinterließ inmitten der Bevölkerung ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität das Andenken einer segensreichen Herrschaft. Als internationale Faktoren ihren Rücktritt forderten, hat Sie Ihre Vaterlandsliebe geneigt gemacht, Ihren Posten aufzugeben, obwohl Sie das Vertrauen der Bevölkerung dieses Landes auf Ihrer Seite hatten. Dafür, daß Sie die Gefühle und Wünsche der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht haben, dafür, daß Sie unermüdet für unser Recht gekämpft und die Entscheidung des Sejms über das Wilnaer Gebiet ermöglicht haben, huldigen wir Ihnen, Herr General. Es lebe der General Zeligowski!“

Nach der Rede des Marschalls wurden dem General langandauernde Ovationen dargebracht. Die Abgeordneten brachten zu wiederholten Malen Hochrufe auf den General aus.

Wilnaer Sorgen.

Wilna, 24. Februar. Das Pressebureau des Sejms teilt mit: Die politische Kommission hat auf der Donnerstag-Sitzung vor allem die Frage der Unterdrückung der Polen im Rownoer Litauen erörtert und bestimmt, daß auf der nächsten Vollversammlung des Sejms diesbezügliche Anträge gestellt werden sollen. Wahrscheinlich werden einzelne Parteien auf der nächsten Sitzung Anträge über Ausführungsbefehle betreffs der Verfassungsformel einbringen. Außerdem wurde über die Angelegenheit von sechs Gemeinden des Kreises Bracław, welche von Lettland besetzt sind, und über die litauische Frage beraten. Die Kommission hat bestimmt, daß diese Angelegenheiten nicht auf dem Plenum vorgebracht, sondern den betreffenden Behörden der Republik Polen überwiesen werden sollen.

Um den Rest des Wilnaer Gebiets.

Wilna 24. Februar. Der Antrag der Mehrheit des politischen Ausschusses über den Teil des Wilnaer Gebietes, welcher unter der Herrschaft Litauens verbleiben soll, lautet: Der Hohe Sejm geruhe zu beschließen: Der Sejm bestätigt, daß sich noch ein Teil des Wilnaer Gebietes unter der Herrschaft Litauens befindet. Die Bevölkerung dieser Bezirke in der überwiegenden Mehrheit zweifellos polnisch, mag mit dem Blute ihrer Söhne in den Kämpfen um die Unabhängigkeit und Freiheit Polens wiederholt bewiesen hat, wünscht zu Polen zu gehören. Der Wilnaer Sejm bittet und ermahnt den gesetzgebenden Sejm und die Regierung der Republik Polen, Schritte zu unternehmen, um diese Gebiete Polen einzuverleiben.

Die Wahl des Reichspräsidenten in Deutschland.

Bei Gelegenheit der zweiten Lesung des Staatshaushaltsplanes, als deren erster Punkt der Haushalt des Reichspräsidenten durchzubringen war, stellten die Reichsparteien im Deutschen Reichstag die Frage nach der endgültigen Wahl des Reichspräsidenten.

Der deutschnationale Parteiführer Hert, der die Anfrage stellte, erinnerte daran, daß seine Partei selber das neue Gehalt des Reichspräsidenten, das diesmal zum erstenmal im Etat steht, bewilligt habe. Die gesamten Bezüge des Reichspräsidenten betragen 800 000 M., und zwar 300 000 M. Gehalt, 400 000 M. Aufwandsgehalt und 100 000 M. zur Verfügung. Hert erkannte auch an, daß die gesamte Amtsführung des Reichspräsidenten Hert, insbesondere seine Aufwendungen als Repräsentant des Reiches, durchaus keinen Anlaß zu irgendwelcher Beanstandung gebe. Er nehme auch an, daß der Reichspräsident persönlich die definitive Wahl beim ersten möglichen Zeitpunkt vornehmen lassen wolle. Tatsächlich sollte aber die definitive Wahl gleich nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages stattfinden, und dieser sind schon 1 1/2 Jahre verfloßen. Er verheißt die Aussicht, daß man die gesamte Bevölkerung an dieser Wahl teilnehmen lassen wolle, was so lange unmöglich war, wie das Schicksal Oberschlesiens noch nicht entschieden war. Jetzt werde aber das Wirtschaftsabkommen für Oberschlesien in Genf abgeschlossen werden, und einen Monat nachher werde die Interalliierte Kommission den bei Deutschland verbleibenden Teil Oberschlesiens der deutschen Verwaltung übergeben. Die Deutschnationalen verlangen deshalb von der Regierung eine authentische Aufklärung über den Termin der Wahl. Hert begründet dies damit, daß weite Kreise der Bevölkerung im hohen Grade beunruhigt wären, weil sie diesen Termin noch nicht wissen. Falls die Regierung die gewünschte Auskunft aber nicht geben könne, so verlange Hert, daß der Etat des Reichspräsidenten auf einige Tage bis zur Beantwortung der Frage zurückgestellt werde.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch lehnte es für die Regierung ab, beim Haushalt des Reichspräsidenten sich auf eine politische Debatte einzulassen. Das gehöre zum Haushalt des Reichskanzlers.

Zwei kommunistische Redner, Frölich und Adolf Hoffmann, verlangten, daß der Posten des Reichspräsidenten überhaupt gestrichen werden solle. Der erste meinte, daß man ebenso gut die Wächterposten aus dem aufgelösten Kaiserlichen Panoptikum aufstellen könne, wie einen Reichspräsidenten in der deutschen Republik, und er begründete die Ablehnung der Kommunisten hauptsächlich mit den von Hert erlassenen Ausnahmeverordnungen, wie sie zuletzt im Streik der Eisenbahnbeamten erlassen wurden. Hoffmann fragte die Reichsparteien verwundert, warum sie etwas gegen den jetzigen Reichspräsidenten hätten, da sie ja einen besseren als Hert für ihren Zweck gar nicht finden könnten.

Der Berliner Universitätsprofessor Kahl, der Spezialist der Deutschen Volkspartei für Verfassungsfragen, wandte sich gegen die kurze Erklärung des Reichsjustizministers und meinte, daß die Frage der Wahl des Reichspräsidenten nicht nur eine politische, sondern auch eine rechtliche Frage sei. Er mußte zugeben, daß die bisher abgelaufenen Jahre der deutschen Republik an sich nicht geeignet waren, das von wirtschaftlichen Sorgen bedrängte und durch die neue Verfassung mit allerlei Wahlpflichten beherrschte deutsche Volk auch noch zur Präsidentenwahl an die Urne zu bringen.

Trotz des Widerstandes der Deutschnationalen wurde dann der Etat des Reichspräsidenten bis zur Beilegung des Etats des Reichskanzlers zurückgestellt.

Deutsch-englische Besprechungen über Rußland.

Berlin, 23. Februar. Wie der „Kölnische Anzeiger“ von unterrichteter Seite erzählt, haben maßgebende englische Kreise die Reichsregierung davon in Kenntnis gesetzt, daß sie die Anwesenheit deutscher Vertreter in London gern sehen würden. Die Besprechungen, um die es sich hier handelt, sind als Vorstudien für die Bildung des Sonderausschusses zum Wiederaufbau Rußlands anzusehen. Auf die Einladung hin haben sich sofort deutsche Vertreter nach der englischen Hauptstadt begeben, unter ihnen befinden sich Staatssekretär Bergmann und Geheimrat Semmer.

Das russische Problem vor dem auswärtigen Ausschuss. Berlin, 23. Februar. (Telumion.) Der auswärtige Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich im Rahmen einer ausführlichen Besprechung der allgemeinen politischen Verhältnisse Rußlands zum Wiederaufbau. Nach dem der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau sich eingehend zu dieser Frage äußerte hatte.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Uebersetzung 1918 durch Greiner & Comp., Berlin W. 30). (67. Fortsetzung.) (Nachdruck unterliegt.)

XXV.

Nicht einmal damals nach dem Mord am Brintnerhof hatte es in Kallreut so viel Klatsch gegeben wie jetzt, wo diese ganze, alle Welt so lange in Atem haltende Affäre eine so neue und sensationelle Wendung genommen hatte.

Der „Foregger Bakt“, den man einst als hochsnigen Abenteuerer nach Amerika hatte auswandern sehen, und der nun seit drei Jahren vornehm den Geschäftsführer der modernisierten „Sonne“ spielte — war der langgejuckte Mörder Brintners! — Wer hätte das gedacht!

Und dieser hatte doch Frau Kreibitz heiraten wollen! Und alles, was der Knochen-Lipp „gestanden“, war erfolgt gewesen. Und Justina Brintner hatte eine Liebschaft mit Konrad Fercher gehabt, der immer nur Marei lieb hatte. Und diese kleine, blonde Marei, von der bis vor kurzem kein Mensch in Kallreut die geringste Notiz genommen, die allein hatte nun den Mörder entdeckt und überführt!

Freilich — er ergab sich durchaus nicht sofort. Trotz aller Indizien, die man ihm vorhielt, leugnete er vor dem Richter hartnäckig und beteuerte leidenschaftlich seine Unschuld. Auch der Knochen-Lipp wollte seine Geständnisse durchaus nicht zurücknehmen.

Dadurch verzögerte sich die Entlastung der Eheleute Brintner und Konrad Ferchers erheblich und die Kallreuter hatten Zeit genug, alle Einzelheiten des neu eingeleiteten Verfahrens mit Mühe zu besprechen.

Die Ernte war ja nun vorüber, der Herbst ins Land gezogen.

Da kam ein Tag, der allem Leuten Valentin Foreggers ein jähes Ende machte. In Kallreut war im Frachtendepot ein Koffer gefunden worden, den ein Unbekannter vor mehr als drei Monaten dort deponiert und später nicht mehr abgeholt hatte.

Wahnen in der Debatte die Abgeordneten Graf Bernstorff, Dr. Hörsch, von Rheinbaben, Dr. Spahn, Dr. Breitscheid. Im auswärtigen Ausschuss des Reichstages sprachen zur russischen Frage ferner die Abg. Lepp (Komm.), Müller-Frankens (Soz.), Dr. Helfferich (Deutschnat.) und Ledebour (Unabh. Soz.). Der Sitzung wohnte zeitweise auch der Reichskanzler Dr. Wirth, Vizekanzler Bauer, Reichsminister des Innern Dr. Richter, Staatssekretär von Haniel und General Ulrich Kaufher bei.

Deutschland und der Friedensvertrag.

Eine Ausstellung in Berlin.

Die „Liga zum Schutze deutscher Kultur“ hat am 21. Februar in Berlin, Wilhelmstraße 84, eine Ausstellung unter dem Titel: „Deutschland und der Friedensvertrag“ eröffnet. An der Hand sehr zahlreicher künstlerisch ausgeführter, graphisch-statistischer Darstellungen werden Inhalt und Wirkungen des Versailler Vertrages plastisch vor Augen geführt. In ständiger Zusammenarbeit von Politikern, Volkswirtschaftlern und Künstlern ist eine außerordentlich sehenswerte und belehrende Übersicht über das Friedensdokument entstanden. Hauptinhalt der Ausstellung bilden 109 Tafeln, übersichtlich aufgestellt und in bestimmte Gruppen geordnet, beginnend mit den 14 Punkten Wilsons und über die Verluste an Gebiet und deren Folgen, über die wirtschaftlichen Bestimmungen, über die auferlegten Lasten bis zu Auslandsbestimmungen über den Kriegsausbruch, die Verantwortlichkeit am Kriege und den Vertrag selbst hinziehend. Einen weiteren Teil der Ausstellung bilden Filme, welche die Befestigung der Rheinlande und deren Kosten, die Kohlennot in Deutschland, die französische Wirtschaftsorganisation im besetzten Gebiet, das Schicksal Oberschlesiens u. a. m. behandeln sollen. Außerdem werden Vorträge hervorragender Männer im Rahmen der Ausstellung, welche bereits in einer Anzahl Städte des Reiches gezeigt worden ist, stattfinden.

Vor den Wahlen in Rumänien.

Rumänien steht am Vorabend der Wahlen zum Parlament, welche schon in den ersten Tagen des März stattfinden sollen. Um sich über die dortigen politischen Verhältnisse zu orientieren, muß man vor allen Dingen die dortigen politischen Parteien kennen. Im letzten Parlament hat die Volkspartei mit dem General Averescu und dem Abg. Argetoranu an der Spitze die Mehrheit gehabt. Mit dieser Partei gingen zusammen die nicht zahlreichen, aber sehr einflussreichen fortgeschrittenen Konservativen, die sogenannten Jakiten, mit Take Jonescu an der Spitze. In der Opposition waren alle anderen Parteien, wie z. B. die Liberalen (Ghebr. Bratianu), die radikal-demokratische Partei der Zaranisten (Mikalache), die Nationaldemokratie (Zorga), die Siebenbürger Nationalisten (Maniu, Bafsa, Vojnad), die Sozialisten und die Kommunisten; außerdem einige kleinere Parteigruppierungen von mehr provinzieller Bedeutung, wie z. B. die Inceles-Partei in Bessarabien und die Partei von Unirei Ristor in der Bukowina, welche politisch mit den Liberalen zusammen gehen. Ganz für sich treten die nationalen Minderheiten hervor, und zwar die Ungarn, die Deutschen, die Polen, die Juden und die Ukrainer.

Alle diese Parteien gingen in breiter Front gegen das Kabinett des Generals Averescu vor, konnten ihn jedoch in der parlamentarischen Arena nicht unterliegen, verließen deshalb im Sommer des verflossenen Jahres das Parlament und begannen, im Lande für die Auflösung des Parlaments und für Neuwahlen und eine neutrale Regierung zu agitieren. Inzwischen hat der General Averescu, sich auf eine bedeutende Mehrheit stützend, sein Programm weiter durchgeführt; infolgedessen hat ihm das Parlament das Agrar- und Finanzgesetz zugestanden. Sein Kabinett ist erst gefallen, als in der Mehrheit selbst eine Spaltung erfolgte und der Außenminister Take Jonescu gegen ihn Front machte. Diesem vertraute auch der König die Bildung eines neuen Kabinetts an. Der Fall des Kabinetts Averescu war das Lösungswort für die Opposition zur Rückkehr zum Parlament. Doch auch Take Jonescu gelang es nicht, die Opposition für sich zu gewinnen, welche es ihm nicht vergessen konnte, daß er sich an den verfaßten Maßnahmen des Generals Averescu beteiligt hatte. Andererseits beschloß die Volkspartei, um jeden Preis den ungetreuen Verbündeten zu stürzen, und stellte schon auf der ersten Sitzung des Parlaments am 17. Januar d. Js. den Antrag, dem Kabinett das Vertrauensvotum auszusprechen. Dieser Antrag, von einem Teil der bisherigen Opposition unterstützt, ging mit bedeutender Mehrheit durch. Das Kabinett Take Jonescu trat zurück.

Allgemein wurde die Bildung eines Koalitionskabinetts gefordert. Inzwischen betraute der König Jonelow Bratianu, den Führer der liberalen Partei, mit der Bildung des Kabinetts. Dessen erste Tat war die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen. Bei

sein Inhalt bestand aus blutbesetzten Kleidern, einem Totschädel und einem Taschmesser, das gleichfalls Blutspuren aufwies. Nachforschungen der dortigen Behörden ergaben, daß der Mann, der den Koffer deponierte, im Hotel Deal gewohnt, sich als „Anton Müller aus Zürich“ gemeldet hatte und angeblich nach Argentinien weiterreiste.

Indessen gelang es der Wiener Polizei, festzustellen, daß Valentin Foregger sich zur gleichen Zeit nach dem Süden begeben hatte, um dort angeblich Weininkäufe zu besorgen, und daß er sich dabei auch einen Tag in Fiume aufhielt. Der Koffer wurde nach Wien geschafft und nun gelang es durch Einvernahme von Bediensteten aus der „Sonne“ sehr leicht festzustellen, daß die darin zu Tage gebrachten Kleider sowie der Koffer selbst Eigentum des Geschäftsführers war.

Angehts dieser Tatsache gab Valentin endlich sein Zeugnis auf und legte ein umfassendes Geständnis ab.

Ja, er allein hatte Brintner ermordet um dessen Heirat mit seiner Schwester zu verhindern. Sein Traum war immer gewesen, sich früher oder später zum Alleinherren der „Sonne“ zu machen was nur möglich gewesen wäre, wenn Frau Berta unvermählt blieb. Durch Rosas Plauderhaftigkeit und seine eigenen Beobachtungen merkte er wie nahe die Entdeckung gerückt war, und er beschloß, sie um jeden Preis zu verhindern. Unter dem Vorwand, Brintner eine Visitation der Schwester zu bringen, verschaffte er sich um Mitternacht Einlaß bei dem Alten, ermordete ihn und suchte durch Mitnahme des Geldes und der Uhr den Schein eines Raubmordes zu erwecken.

Er selbst verschloß dann die Wohnungstür von innen und nahm seinen Rückweg durch das Fenster, das er zuletzt von außen einbrückte. Uhr und Geld wickelte er in Papier und warf das Paket dann in den Ebentaler Teich nachdem er vor Vusner durch das Gebüsch geflüchtet war, ganz wie Basil vermutet hatte. Von der Anwesenheit des Knochen-Lipp am Teich hatte er nichts gemerkt und auch nicht gemerkt, daß das Paket infolge des dort wachsenden Schilfs nicht untergegangen war. Da er seine Kleider in Kallreut wieder zu verbrennen noch sonst irgendwo zu verbergen wagte, im übrigen aber ja nicht der leiseste Verdacht auf ihn fiel, deponierte er sie in Fiume, fest überzeugt, daß bei

diesen Wahlen wird die liberale Partei ganz vereinsamt dastehen, weil alle anderen Parteien sie scharf bekämpfen. Die Versuche Bratianus, mit den Siebenbürger Nationalisten einen Vertrag abzuschließen, wurden durch diese von vornherein abgelehnt. Jedoch ist in Siebenbürgen zwischen den Nationalisten und den Zaranisten ein Wahlbündnis getroffen worden. Der Wahlschmerz wird sehr hartnäckig sein, weil infolge der letzten Vorgänge die Parteigegensätze ihren Höhepunkt erreicht haben.

Als Illustration der Stimmung, welche inmitten der Oppositionsparteien herrscht, muß die bedeutsame Tatsache hervorgehoben werden, daß diese Parteien schon jetzt ankündigen, daß sie an den Krönungsfeierlichkeiten im Mai d. Js. nicht teilnehmen werden. Nur die nationalen Minderheiten beteiligten sich nicht an dem Wahlkampf unter den rumänischen Parteien. Sie stellen in denjenigen Bezirken, wo sie Ausichten haben, ihre Kandidaten auf, in anderen unterstützen sie diejenigen Parteien, welche ihnen die größten Zugeständnisse machen. Es scheint, daß sie mit Ausnahme der Ungarn, welche auf Seiten der Nationalen Partei (Nationalisten) stehen, die Liberalen unterstützen werden. Die voraussichtlichen Erfolge der einzelnen Parteien sind schwer voraussagen. Es scheint jedoch, daß die Volkspartei diesmal nicht die Mehrheit der Mandate erlangen und einen bedeutenden Teil ihrer Siege zugunsten der Zaranisten und der Liberalen verlieren wird. Wiederum ist es zweifelhaft, ob es den letzteren gelingen wird, die Mehrheit zu erlangen, wie sie es erwarten. Vielmehr ist es wahrscheinlich, daß sie sich nach den Wahlen entweder mit einer anderen Partei vereinigen oder zurücktreten müssen.

Um den englisch-irischen Vertrag.

Berlin, 22. Februar. Volks-Telegraphen-Bureau berichtet aus Dublin folgendes: Heute versammelte sich unter dem Vorsitz De Valeras der Konvent der Organisation der Sinn einer, um einen Beschluß darüber zu fassen, ob sich der Konvent mit dem englisch-irischen Vertrag einverstanden erklären soll oder nicht. De Valera schlug eine Entschließung vor, in welcher u. a. gesagt wird, daß die Organisation der Sinn einer, solange die Frage der internationalen Anerkennung Irlands als unabhängige Republik nicht erledigt ist, weiterhin Schritte unternehmen wird, um diese Anerkennung zu erlangen.

London, 22. Februar. Am Dienstag ist es in Dublin zu einer Schiekerei gekommen, bei welcher die Sinnier n einen Leutnant und einen Sergeanten des britischen Heeres schwer verwundeten.

Bessere Ausichten.

London, 22. Februar. (Telumion.) Die Ausichten auf eine baldige Entspannung in den Grenzverhältnissen in Irland erscheinen besser durch die letzte Einmündung. Die Grenzschüsse sind schon an der Arbeit. Die Berichterstatter im Norden und Süden meinen, daß die Heißungsgründe durch ihre bloße Unwesenheit verringert würden. Ferner hat die Unterregierung die Entlassung der Bewaffneten aus ihrem G-biet betroffenen Sinnier verboten.

Politische Tagesneuigkeiten.

Austritt aus der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei. Die Austrittsbewegung aus der katholischen Kirche macht weitere Fortschritte. Die Zahl der ausgetretenen Personen beträgt 40 Prozent, an anderen Orten 50 Prozent. Die meisten treten zur nationaltschechischen (altkatholischen) Kirche über.

Die Neuwahlen in England. Die „Westminster Gazette“ teilt mit, daß Lloyd George beabsichtigt, die Neuwahlen unmittelbar nach der endgültigen Regelung der irischen Frage und nach Annahme des Budgets auszusprechen.

Wahltag der englischen Arbeiterpartei. Bei einer Erhebung in Manchester für das Unterhaus erlag der Kandidat der Regierungspartei mit 11 000 Stimmen gegen den Kandidaten der Arbeiterpartei (14 000).

Ein griechisch-französischer Zwischenfall. Die Aufbringung eines französischen Dampfers an der Küste von Icaria (Südnach) durch die Griechen hat einen diplomatischen Zwischenfall zwischen Frankreich und Griechenland geschaffen. Nach Meldungen der griechischen Presse soll die Ladung des Dampfers aus Kohlen und Munition für die türkischen Streitkräfte bestehen. Dagegen wird von französischer Seite behauptet, daß der Dampfer lediglich Kohlen geladen habe, die für die Eisenbahnlinie Anatolien-Merfina bestimmt seien. Die französische Regierung stellt sich außerdem auf den Standpunkt, daß, da Frankreich die beiden Parteien nicht als Kriegführender anerkennt, von ihnen die Bestimmungen über Konterbande nicht eingehalten werden müssen.

Die 3. Internationale.

Moskau, 24. Februar. Am Donnerstag fand im Krem unter Leitung Sinowjens die Vollziehung des Vollzugsausschusses der 3. Internationale statt. Es wurde über die Tätigkeit der kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern Bericht erstattet. Im Namen der „deutschen kommunistischen Partei“ sprach u. a. Clara Zetkin. Sie charakterisierte die gegenwärtige Wirtschaftslage

ihrer erst spät erfolgenden Entdeckung kein Mensch auf die Idee des wahren Zusammenhanges kommen werde. Sehr schwer war es, dem Knochen-Lipp begreiflich zu machen, daß seine Angaben sich nach diesem Geständnis als Lüge erwiesen. Erst als sein ehemaliger Verteidiger, der den wahren Grund von Lipp's Angaben zu erraten glaubte, ihm begreiflich machte, daß er sich durch diese Verleumdung eines schweren Verbrechens schuldig gemacht hat, für das er nun doch büßen müsse, atmete Lipp erleichtert auf.

„Nachher lassen sie mich also doch nicht aus, und ich kann in der Strafanstalt bleiben?“ frag er befriedigt.

„Gewiß. Wenn auch nicht lebenslänglich. Aber ein paar Jahre wird man Ihnen schon geben.“

„Dann ist's gut. Dann sag' ich halt die Wahrheit: Wir haben den Alten nicht umgebracht! Und das Geld habe ich mir aus dem Ebentaler Teich aufgejagt.“ — — —

Es war ein klarer, leuchtender Herbstnachmittag, als die unschuldigen Beurteilten, nun aber allmählich Freigeisprochenen auf Umwegen den Brintnerhof erreichten.

Gestern, als man ihnen ihre Entlassung ankündigte, beschloßen sie: „Wir übernachten in der Stadt und fahren lieber eine Station weiter, von wo wir dann über die Kreuzhöhe zu Fuß heim gehen, um ganz unbemerkt zu bleiben.“

„Eigentlich haben wir aber die Leute jetzt doch nicht zu scheuen“, wandte Andres auf diesen Vorschlag seiner Frau ein, „alle Welt weiß nun, daß wir unschuldig im Gefängnis saßen!“

Worauf Justina, deren Gesicht in der langen Haft sich merkwürdig ins Milde verändert hatte, ihn ernt antwortete:

„War unser Schicksal wirklich unerbittlich, Ande? Schau, in der langen Zeit, wo ich allein in der Zelle geessen bin, und dann, als ich verurteilt um mein Leben kämpfen mußte, ist mir gar vielerlei durch den Kopf gegangen. Wir haben wohl beide nicht gelebt, wie es recht war. Dir war das Trinken, mir das Erwerben Hauptsache, und ein Herz für andere haben wir beide nicht gehabt! Das hat uns keine Freunde geschaffen und war den Kindern kein Beispiel, und so ist's gekommen, daß wir in der Stunde der Not allein dagestanden sind. Und auch gegen Großvater hatten wir nicht recht gehandelt.“

(Schluß folgt.)

Verantwortlich: Dr. Adolf Dandel, Herausgeber: Dr. Wilhelm Goewenthal; für Verlag und Druck: Rudolf Verbruggen; für den Anzeigenteil: Dr. Grunbaum A. Druck und Verlag der Polener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Schmidt in Posen.

Pa. Portlandcement — Stückkalk

M. CZUBEK & SKA.

Telephon 3691, 3212. **Poznań, ulica Gwarna 8.** Telephon 3691, 3212.

Rein-Sieberti.

Stute, selten schön gez., zugfest, kinderfromm, gutes Reit- und Wagenpferd, zu verkaufen. Anfragen an 15333
K. Kuhn, Nowy Dwór, poczta Białym.

sprechen fließend polnisch. Ang.
 u. **B. 3. 5529** a. d. Geschr.
 d. Bl. arbeiten.

taulich zu vert. ist. 120 000 M.
Ums. 80 000 M. jährl. **Bruno**
Aunerf, Bäckermeister,
Berlin O. 27, Prantstr. 41.

igendieft. — Dienstag
6 Freitag, 3^{1/2}: Bibel-
unden. — 7: Evangelisation,
ommer.